

An die
Amt der Stmk. Landesregierung
Abteilung 13
Stempfergasse 7
8010 Graz
per Mail: abt13-bau-raumordnung@stmk.gv.at

Einschreiter:

Verein „Für ein lebenswertes Liesingtal“
Dirnsdorferweg 6
8773 Kammern im Liesingtal

vertreten durch:

Mag. Peter Freiburger R607012
Rechtsanwalt
Wienerstraße 50-54
8680 Mürzzuschlag

Gemäß §§ 30 Abs 2 ZPO, 78 EO, 10 Abs 1 AVG, 8 RAO, unter Berufung auf die erteilte Bevollmächtigung, einschließlich Zustellbevollmächtigung (§ 103 BAO): gemäß § 19a RAO verlangt der gefertigte Anwalt die Bezahlung sämtlicher Kosten zu seinen Händen. Gerichtskosten sind vom Konto IBAN: AT252082800000007187, BIC: SPMZAT21XXX bei der Sparkasse Mürzzuschlag AG abzubuchen.

wegen: Begutachtung zur SAPRO-Novellierung – Eignungszone Steineck-Kammern

I. VOLLMACHTSBEKANNTGABE II. STELLUNGNAHME

1-fach

SICHER BERATEN, ERFOLGREICH VERTRETEN.

Regiepartnerschaft von Rechtsanwälten
MAG. PETER FREIBERGER
MAG. ALEXANDER DRESSLER
Mitglieder der Treuhandrevision
der Stmk. Rechtsanwaltskammer

Wiener Straße 50
8680 Mürzzuschlag
T 03852/300 80
F 03852/300 80 80
office@rpf.at
www.rpf.at

Kanzleikonto
Sparkasse Mürzzuschlag AG
AT47 2082 8000 0000 7179
BIC SPMZAT21XXX
UID ATU 61268808

Fremdgeldkonto
Sparkasse Mürzzuschlag AG
AT24 2082 8000 0071 8700
BIC SPMZAT21XXX

I.

In umseits näher bezeichneten Rechtssache teilt der Verein „Für ein lebenswertes Liesingstal“ mit, dass er RA Mag. Peter Freiberger mit der Wahrung seiner rechtlichen Interessen beauftragt und bevollmächtigt hat.

II.

Der Einschreiter erstattet durch seinen ausgewiesenen Vertreter nachstehende

STELLUNGNAHME:

Unvollständige Darstellung der Rechtswirkungen und der Grundstücksbetroffenheit der Eignungszone Steineck–Kammern: Begründungs- und Informationsmangel betreffend Gemeinden, Öffentlichkeit und Grundeigentümer.

Die Eignungszone Steineck–Kammern wird im Verordnungsentwurf planlich festgelegt, als raumordnungsfachlich geeigneter Standort beschrieben, mit einem öffentlichen Interesse an der Windenergienutzung verknüpft und mit einem konkreten Windenergiepotenzial ausgewiesen. Gleichzeitig wird in den Unterlagen und in der begleitenden Kommunikation gegenüber Gemeinden und Bevölkerung hervorgehoben, dass vor einer Projektumsetzung eine örtliche Flächenwidmung durch die jeweilige Standortgemeinde erforderlich sei.

Damit werden zwei Ebenen miteinander verbunden: eine überörtliche Eignungs- und Interessenfeststellung durch das Land einerseits und eine spätere örtliche Widmungsentscheidung der Gemeinde andererseits. Gerade dieses Verhältnis wird in den Unterlagen nicht ausreichend rechtlich eingeordnet. Es fehlt eine nachvollziehbare Darstellung, welche bundesrechtlichen Wirkungen die Ausweisung einer Eignungszone nach § 4a Abs. 2 UVP-G und nach dem Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz entfalten kann.

Dadurch bleiben wesentliche Auswirkungen auf die spätere Stellung der Gemeinden, auf die Verhandlungsposition der örtlichen Ebene und auf die Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung unerörtert.

1. Die Eignungszone wird in den Unterlagen als geeigneter Standort mit öffentlichem Interesse qualifiziert

Die Eignungszone Steineck–Kammern wird in den Unterlagen als konkreter Zonentyp des Entwicklungsprogramms ausgewiesen. In Anlage 1 wird sie ausdrücklich als „Anlage 3-20 Eignungszone Steineck - Kammern“ geführt. Die Bezeichnung als „Eignungszone“ ist dabei nicht isoliert zu betrachten, sondern im Zusammenhang mit den weiteren Feststellungen des Umweltberichts und der Erläuterungen.¹

Der Umweltbericht hält fest, dass über die Festlegung von Vorrang- und Eignungszonen für die Nutzung der Windenergie „raumordnungsfachlich geeignete Standorte gesichert“ werden.² Der Umweltbericht führt außerdem aus, dass Eignungszonen im landesweiten Vergleich eine grundsätzliche Eignung für die Nutzung der Windenergie und das öffentliche Interesse am Ausbau der Windenergie an diesen Standorten dokumentieren.³

Auch die Erläuterungen gehen von einer raumordnungsfachlichen Eignung aus. Die Potenzialstandorte wurden unter Einbeziehung von Fachexperten des Landes beurteilt, um die „bestgeeigneten“ Standorte bei gleichzeitig geringem Konfliktpotenzial zu identifizieren. Als Ergebnis seien Standortvorschläge vorhanden, die als raumordnungsfachlich geeignet für die Errichtung von Windenergieanlagen klassifiziert seien.⁴

Für die konkrete Eignungszone Steineck–Kammern werden in den Erläuterungen besonders positive Kriterien angeführt: sehr gutes Energieerzeugungspotenzial, sehr gutes Windenergiepotenzial, sehr gutes Einspeisepotenzial, Nähe zu energieintensiven Betrieben im Raum Leoben, gute Erschließung und Nahelage zu bestehenden Vorrang- bzw. Eignungszonen.⁵

Der Umweltbericht weist für Steineck–Kammern eine Flächengröße von 290 ha und ein Windenergiepotenzial von voraussichtlich 7 bis 15 Windenergieanlagen aus.⁶

¹ Quelle: Anlage 1, Zonenindex zur Anlage 3: „Anlage 3-20 Eignungszone Steineck - Kammern C3 - b6, b7, b8, c7, c8“.

² Quelle: Umweltbericht, Einleitung und Aufgabenstellung: „Über die Festlegung von Vorrang- und Eignungszonen werden für die Nutzung der Windenergie raumordnungsfachlich geeignete Standorte gesichert“.

³ Quelle: Umweltbericht, S. 7 f.: „Eignungszonen werden als Ergänzung zu den Vorrangzonen ausgewiesen, sie dokumentieren im landesweiten Vergleich eine grundsätzliche Eignung für die Nutzung der Windenergie und das öffentliche Interesse am Ausbau der Windenergie an diesen Standorten.“

⁴ Quelle: Erläuterungen: „Beurteilung der Potenzialstandorte unter Einbeziehung von Fachexperten des Landes, um die ‚bestgeeigneten‘ Standorte bei gleichzeitig geringem Konfliktpotenzial zu identifizieren“; weiters: „Als Ergebnis dieser Bearbeitungsschritte liegen Standortvorschläge vor, welche als raumordnungsfachlich geeignet für die Errichtung von Windenergieanlagen klassifiziert sind.“

⁵ Quelle: Erläuterungen, Tabelle Eignungszone Steineck–Kammern: „Sehr gutes Energieerzeugungspotenzial“, „Sehr gutes Windenergiepotenzial“, „Sehr gutes Einspeisepotenzial“, „Nähe zu Standortraum energieintensiver Betriebe (Leoben)“, „Gute Erschließung“, „Nahelage zu Region mit bestehenden Vorrang-/ Eignungszonen“.

⁶ Quelle: Umweltbericht, Kap. 6.1.5 Eignungszone Steineck - Kammern: „Flächengröße 290 ha“ und „Windenergiepotenzial Voraussichtlich 7 bis 15 Windenergieanlagen“.

Aus diesen Unterlagen ergibt sich eine überörtliche Eignungs- und Interessenfeststellung zugunsten der Windenergienutzung am Standort Steineck–Kammern. Diese Feststellung hat praktische Bedeutung für spätere Verfahren und Verhandlungen, weil sie einem Projektwerber eine landesplanerische Argumentationsgrundlage verschafft.

Dem steht gegenüber, dass der Umweltbericht für Eignungszonen keine vollständige Prüfung der Umweltauswirkungen vornimmt; die vertiefte Prüfung wird auf das spätere örtliche Raumordnungsverfahren verlagert.⁷

Für Steineck–Kammern werden die im späteren örtlichen Raumordnungsverfahren zu behandelnden Themenfelder ausdrücklich aufgezählt. Dazu zählen insbesondere windkraftsensible Vogelarten, Emissionswirkungen, Luftfahrt und Landesverteidigung, Oberflächengewässer und Quellen, Lebensraumkorridore, geschützte Arten, Biotope, Boden sowie visuelle Wahrnehmbarkeit.⁸

Damit trifft der Verordnungsentwurf bereits eine positive überörtliche Eignungs- und Interessenfeststellung, während die vollständige standortbezogene Umweltprüfung erst in ein späteres örtliches Raumordnungsverfahren verlagert wird. Diese Konstruktion ist für die Rechtsstellung der Gemeinden und für die Beteiligung der Bevölkerung wesentlich.

2. Gegenüber Gemeinden und Bevölkerung wird die örtliche Widmung als maßgeblicher Entscheidungsschritt dargestellt

In den Verordnungsunterlagen wird für Eignungszonen darauf verwiesen, dass vor einer Projektumsetzung eine örtliche raumordnungsrechtliche Festlegung durch die Standortgemeinde erforderlich sei. Diese Aussage wird in der begleitenden Kommunikation nicht bloß wiederholt, sondern deutlich zugespitzt: Gegenüber dem Verein „Für ein Lebenswertes Liesingtal“ und gegenüber der Gemeinde Kammern wird im Schreiben von Landesrat Hermann ausdrücklich festgehalten, dass eine entsprechende Umwidmung ausschließlich durch den Gemeinderat erfolgen könne.⁹

⁷ Quelle: Umweltbericht, S. 8: „Für Eignungszonen wird keine Prüfung der Umweltauswirkungen im Umweltbericht durchgeführt. Es erfolgt eine Konfliktanalyse und Benennung der relevanten Themenfelder welche im nachfolgenden örtlichen Raumordnungsverfahren und der dort erforderlichen SUP zu beachten sind.“

⁸ Quelle: Umweltbericht, Kap. 7.4.5 Eignungszone Steineck - Kammern: „Im Rahmen eines örtlichen Raumordnungsverfahrens ist eine Konkretisierung der räumlichen Abgrenzung der Zonierung durchzuführen. Dabei sind insbesondere die nachfolgenden Themenbereiche, gegebenenfalls durch zusätzliche Erhebungen und Maßnahmendetaillierungen, nach den örtlichen Erfordernissen zu behandeln.“

⁹ Quelle: Schreiben aus dem Büro Landesrat Hermann an den Verein „Für ein Lebenswertes Liesingtal“, 28.04.2026 „Ich halte ausdrücklich fest, dass es sich in Ihrem Fall um eine Eignungszone handelt und eine entsprechende Umwidmung ausschließlich durch den Gemeinderat erfolgen kann.“

Quelle: Schreiben aus dem Büro Landesrat Hermann an die Gemeinde Kammern, 28.04.2026: „Ich halte ausdrücklich fest, dass es sich in Ihrem Fall um eine Eignungszone handelt und eine entsprechende Umwidmung ausschließlich durch den Gemeinderat erfolgen kann.“

Auch in der Beantwortung einer UIG-Anfrage an eine Bürgerin wird diese Linie bestätigt. Dort wird ausgeführt, dass in der Region die Eignungszone Steineck–Kammern vorgesehen sei und dass in einer Eignungszone eine konkretisierende Festlegung in der örtlichen Raumplanung durch die Standortgemeinden erforderlich sei, bevor ein UVP-Verfahren durchgeführt werden könne.¹⁰

Im Schreiben an die Gemeinde Kammern wird die Eignungszone außerdem als landesweit geeigneter Standort und als Instrument der langfristigen Standortsicherung beschrieben. Zugleich wird auf die spätere Flächenwidmung durch die Standortgemeinde verwiesen.¹¹

Diese wiederholte Darstellung ist für das Verfahren wesentlich. Sie vermittelt gegenüber Gemeinden, Gemeinderäten, Bürgerinnen und Bürgern sowie Vereinen den Eindruck, die spätere Entscheidung über die Projektumsetzung liege weiterhin ausschließlich beim Gemeinderat. Dieser Eindruck wird durch die Formulierung „ausschließlich durch den Gemeinderat“ besonders verstärkt.

Gerade diese Aussage ist jedoch unvollständig. Sie berücksichtigt nicht, dass § 4a Abs. 2 UVP-G für überörtlich vorgesehene Flächen eine fehlende örtliche Flächenwidmung als Zulässigkeitsvoraussetzung relativieren kann. Ebenso berücksichtigt sie nicht, dass das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz Rechtsfolgen an nach überörtlicher Raumordnung geeignete Flächen knüpfen kann.

Damit wird nicht nur eine einzelne Rechtsfrage offen gelassen. Vielmehr wird gegenüber den Betroffenen eine einseitige Entscheidungslogik kommuniziert: Eignungszone ja, aber Entscheidung ausschließlich durch den Gemeinderat. Die bundesrechtlichen Bestimmungen, die diese Aussage in späteren Verfahren relativieren können, werden dabei nicht dargestellt. Dadurch erhalten Gemeinden und Bevölkerung kein vollständiges Bild der späteren rechtlichen und faktischen Ausgangslage.

3. § 4a Abs. 2 UVP-G relativiert die dargestellte Bedeutung der örtlichen Flächenwidmung

§ 4a Abs. 2 UVP-G regelt den Fall einer fehlenden örtlichen Konkretisierung trotz bestehender aktueller überörtlicher Windenergierraumplanung. Fehlt die erforderliche Flächenwidmung, ist diese Zulässigkeitsvoraussetzung für die überörtlich vorgesehenen Flächen nicht anzuwenden.¹²

¹⁰ Quelle: Schreiben Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 17, GZ ABT17-88667/2026-2, 14.04.2026: „In der genannten Region ist gem. des Auflageentwurfes die sogenannte Eignungszone ‚Steineck-Kammern‘ vorgesehen. In einer Eignungszone ist eine konkretisierende Festlegung in der örtlichen Raumplanung durch die Standortgemeinde(n) erforderlich (Örtliches Entwicklungskonzept und Flächenwidmungsplan), bevor ein Projektgenehmigungsverfahren (UVP-Verfahren) durchgeführt werden kann.“

¹¹ Quelle: Schreiben an die Gemeinde Kammern vom 28.04.2026, vom Einschreiter vorgelegter Screenshot: „Eignungszonen sind in einer landesweiten Betrachtung für die Errichtung von Windenergieanlagen geeignet und dienen der langfristigen Standortsicherung. Vor einer Projektumsetzung muss im Rahmen der örtlichen Raumordnung der jeweiligen Standortgemeinde eine Flächenwidmung erfolgen. Der Standortgemeinde kommt hier eine aktive Rolle zu.“

¹² Quelle: § 4a Abs. 2 UVP-G: „Gibt es in einem Bundesland eine aktuelle überörtliche Windenergierraumplanung, aber fehlt die erforderliche Konkretisierung auf der örtlichen Planungsebene (Flächenwidmung), so ist diese Zulässigkeitsvoraussetzung für die überörtlich vorgesehenen Flächen nicht anzuwenden.“ (ris.bka.gv.at)

Der Gesetzestext spricht anschließend ausdrücklich von „Vorrangs- oder Eignungsflächen“.¹³

Daraus ergibt sich eine konkrete bundesrechtliche Zulässigkeitsargumentation: Ein Projektwerber kann sich darauf berufen, dass die planlich ausgewiesene Eignungszone Steineck-Kammern eine überörtlich vorgesehene Fläche bzw. Eignungsfläche im Sinn des § 4a Abs. 2 UVP-G darstellt. In diesem Fall wäre die fehlende örtliche Flächenwidmung im UVP-Verfahren nicht in jener Weise ein Zulässigkeitshindernis, wie es in der begleitenden Kommunikation dargestellt wird.

Die Erläuterungen zum Verordnungsentwurf durch das Land Steiermark behandeln zwar § 4a Abs. 3 UVP-G. Es wird ausgeführt, dass aufgrund der überörtlichen Widmungsfestlegungen des Entwicklungsprogramms § 4a Abs. 3 UVP-G nicht zur Anwendung gelangen könne.¹⁴

Der für Eignungszonen entscheidende § 4a Abs. 2 UVP-G wird hingegen nicht behandelt. Die Unterlagen legen nicht dar, weshalb eine Eignungszone, die überörtlich planlich abgegrenzt, als geeignet qualifiziert und mit öffentlichem Interesse versehen wird, nicht als überörtlich vorgesehene Fläche im Sinn des § 4a Abs. 2 UVP-G zu beurteilen wäre.

Der zentrale Mangel liegt darin, dass die Gemeinden auf ihre Widmungsrolle verwiesen werden, ohne dass die mögliche bundesrechtliche Relativierung dieser Widmungsrolle nach § 4a Abs. 2 UVP-G offengelegt und rechtlich bewertet wird.

4. Das EABG knüpft zusätzliche Rechtsfolgen an geeignete Flächen und besonders geeignete Gebiete

Die aktuelle Regierungsvorlage zum Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz knüpft erhebliche verfahrensrechtliche Rechtsfolgen an die Qualifikation von Standorten als besonders geeignete Gebiete bzw. als nach örtlicher oder überörtlicher Raumordnung geeignete Flächen.

Die Regierungsvorlage definiert ein „Beschleunigungsgebiet für erneuerbare Energie“ als einen Standort oder ein Gebiet an Land, das für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie in Umsetzung von Art. 15c RED III als besonders geeignet ausgewiesen wurde.

¹⁵

¹³ Quelle: § 4a Abs. 2 UVP-G: „Die Genehmigung von Windkraftanlagen ist an einem gewählten Standort auf diesen Vorrangs- oder Eignungsflächen nach Maßgabe der näheren Vorschriften zum Schutz der Rechte Dritter und der öffentlichen Interessen zulässig, soweit dies nicht zwingenden Vorschriften des Unionsrechts widerspricht.“ (ris.bka.gv.at)

¹⁴ Quelle: Erläuterungen: „Aufgrund der Tatsache, dass das gegenständliche Entwicklungsprogramm überörtliche Widmungsfestlegungen für das Bundesland Steiermark trifft, kann § 4a Abs. 3 des UVP-G nicht zur Anwendung gelangen.“

¹⁵ Quelle: § 5 Z 4 EABG-Regierungsvorlage: „„Beschleunigungsgebiet für erneuerbare Energie“ ein bestimmter Standort oder ein bestimmtes Gebiet an Land, der bzw. das für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen in Umsetzung des Art. 15c der Richtlinie (EU) 2018/2001 als besonders geeignet ausgewiesen wurde.“ (parlament.gv.at)

Für Energieanlagen, welche die Voraussetzungen der Grobprüfung erfüllen, sieht § 9 EABG-Regierungsvorlage unter anderem den Entfall der Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach §§ 3 und 3a UVP-G, den Entfall der Naturverträglichkeitsprüfung sowie den Entfall bestimmter artenschutzrechtlicher Verpflichtungen vor.¹⁶

Besonders relevant ist § 25 Abs. 4 EABG-Regierungsvorlage. Danach sind bei Energieanlagen, die auf nach örtlicher oder überörtlicher Raumordnung geeigneten Flächen errichtet werden, Schutzgüter des Landschaftsbildes, Ortsbildes, Charakters der Landschaft und Erholungswertes der Landschaft nicht zu berücksichtigen.¹⁷

Diese Bestimmung ist für die Eignungszone Steineck–Kammern relevant. Die Verordnungsunterlagen qualifizieren den Standort als im landesweiten Vergleich geeignet, dokumentieren ein öffentliches Interesse und sehen eine planliche Festlegung vor. Daraus kann ein Projektwerber ableiten, dass es sich um eine nach überörtlicher Raumordnung geeignete Fläche handelt.

Die Unterlagen setzen sich nicht damit auseinander, ob und in welchem Umfang § 25 Abs. 4 EABG-Regierungsvorlage auf Eignungszonen Anwendung finden kann. Damit bleibt insbesondere offen, ob durch die Ausweisung der Eignungszone spätere Einwendungen zu Landschaftsbild, Ortsbild, Charakter der Landschaft und Erholungswert der Landschaft geschwächt oder ausgeschlossen werden könnten. Gerade für das Liesingtal sind diese Schutzgüter wesentlich.

5. Die Eignungszone verschiebt die Verhandlungsposition der Gemeinden zulasten der überörtlichen Planungsebene

Die Ausweisung der Eignungszone verändert die Ausgangslage der Standortgemeinden erheblich. Ein Projektwerber tritt der Standortgemeinde nach Erlassung der Verordnung nicht mehr nur mit einem konkreten Projektinteresse gegenüber. Er kann sich vielmehr auf eine planlich ausgewiesene Zone stützen, der das Entwicklungsprogramm und die begleitenden Unterlagen bereits Folgendes zuschreiben:

- raumordnungsfachliche Eignung,
- regionales bzw. landesweites öffentliches Interesse,
- sehr gutes Energieerzeugungspotenzial,

¹⁶ Quelle: § 9 EABG-Regierungsvorlage: Bei Energieanlagen, welche die Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 erfüllen, „entfällt 1. die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach §§ 3 und 3a UVP-G 2000“, weiters die Naturverträglichkeitsprüfung sowie bestimmte artenschutzrechtliche Verpflichtungen. (parlament.gv.at)

¹⁷ Quelle: § 25 Abs. 4 EABG-Regierungsvorlage: „Bei der Beurteilung von Energieanlagen, welche auf nach örtlicher oder überörtlicher Raumordnung geeigneten Flächen errichtet werden, sind etwaige Schutzgüter des Landschaftsbildes, des Ortsbildes, des Charakters der Landschaft und des Erholungswertes der Landschaft nicht zu berücksichtigen.“ (parlament.gv.at)

- sehr gutes Windenergiepotenzial,
- sehr gutes Einspeisepotenzial,
- gute Erschließung,
- Nähe zu energieintensiven Betrieben,
- Potenzial für 7 bis 15 Windenergieanlagen.

Zusätzlich kann sich der Projektwerber auf § 4a Abs. 2 UVP-G berufen und daraus ableiten, dass die fehlende örtliche Flächenwidmung bei UVP-pflichtigen Windkraftvorhaben nicht als Zulässigkeitshindernis wirkt. Ebenso kann er unter Hinweis auf § 25 Abs. 4 EABG-Regierungsvorlage argumentieren, dass die Eignungszone eine nach überörtlicher Raumordnung geeignete Fläche darstellt und daher bestimmte Schutzgüter im Genehmigungsverfahren nicht mehr zu berücksichtigen sind.

Damit wird die Gemeinde in späteren Verhandlungen mit einer bereits überörtlich vorgeprägten Entscheidungssituation konfrontiert. Sie muss sich nicht nur mit einem konkreten Projektantrag auseinandersetzen, sondern mit einer landesweiten Eignungs- und Interessenfeststellung sowie mit bundesrechtlichen Beschleunigungs- und Durchbrechungsargumenten.

Die Formulierung, der Standortgemeinde komme eine „aktive Rolle“ zu, bildet diese Lage nicht ausreichend ab. Eine aktive Rolle ist nicht gleichbedeutend mit einer unbeeinträchtigten örtlichen Planungshoheit. Wenn bereits eine überörtliche Eignungs- und Interessenfeststellung getroffen wird und bundesrechtliche Bestimmungen die örtliche Widmung oder spätere Schutzgutprüfungen relativieren können, ist die tatsächliche Stellung der Gemeinde erheblich geschwächt.

6. Gemeinde St. Stefan ob Leoben zeigt, dass die Rechtsfolgen aus den Unterlagen nicht ausreichend erkennbar sind

Dass diese Problematik für Gemeinden nicht ohne Weiteres aus den Verordnungsunterlagen erkennbar ist, zeigt der Fall der Gemeinde St. Stefan ob Leoben. Nach den uns vorliegenden Informationen wurde dort erst nach Beiziehung rechtlicher Beratung deutlich, dass die Ausweisung einer Eignungszone trotz dargestellter örtlicher Widmungserforderlichkeit bundesrechtliche Vorwirkungen entfalten kann.

Gerade dieser Umstand zeigt, dass die Unterlagen des Landes keine ausreichende Klarheit über die tatsächliche Rechtsstellung der Gemeinden schaffen. Eine Gemeinde darf im Rahmen eines Begutachtungsverfahrens nicht darauf angewiesen sein, durch externe Spezialberatung erst die möglichen bundesrechtlichen Konsequenzen einer landesrechtlichen Eignungszone zu erkennen.

Der Fall St. Stefan ob Leoben ist daher ein Indiz für die fehlende Verständlichkeit und Vollständigkeit der Verordnungsunterlagen. Wenn erst eine externe rechtliche Beratung erforderlich ist, um die Diskrepanz zwischen kommunizierter Gemeindehoheit und bundesrechtlichen Vorwirkungen zu erkennen, kann nicht davon ausgegangen werden, dass Gemeinden und Bevölkerung durch die aufgelegten Unterlagen ausreichend informiert wurden.

7. Die unvollständige Darstellung erschwert eine wirksame Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Öffentlichkeitsbeteiligung kann nur dann wirksam sein, wenn Gemeinden, Bürgerinnen und Bürger sowie Umweltorganisationen die tatsächliche Tragweite der Planung erkennen können. Die Aarhus-Konvention verlangt Zugang zu Umweltinformationen, Öffentlichkeitsbeteiligung und Zugang zu Gerichten.¹⁸

In Bezug auf umweltbezogene Pläne und Programme verlangt die Aarhus-Konvention eine faire und transparente Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Informationen.¹⁹

Diese Anforderungen werden nicht erfüllt, wenn eine Eignungszone einerseits als geeignet, standortgesichert und von öffentlichem Interesse dargestellt wird, andererseits aber die bundesrechtlichen Vorwirkungen dieser Feststellung nicht erläutert werden.

Gemeinden und Bevölkerung erhalten die Information, dass eine örtliche Flächenwidmung erforderlich sei und der Standortgemeinde eine aktive Rolle zukomme. Nicht ausreichend dargestellt wird jedoch, dass § 4a Abs. 2 UVP-G die fehlende örtliche Flächenwidmung bei überörtlich vorgesehenen Flächen relativieren kann. Ebenso wenig wird dargestellt, welche Wirkung eine Eignungszone im Lichte des EABG entfalten kann.

Dadurch wird die sachgerechte Ausübung der Stellungnahme- und Einwendungsrechte wesentlich erschwert. Die betroffene Öffentlichkeit kann die Tragweite der Eignungszone nicht vollständig beurteilen, wenn zentrale bundesrechtliche Folgewirkungen nicht dargestellt werden.

¹⁸ Quelle: BMLUK zur Aarhus-Konvention: „Die Aarhus-Konvention ist ein Übereinkommen der UNECE über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten.“ (bmluk.gv.at)

¹⁹ Quelle: BMLUK zur Aarhus-Konvention, Art. 7: „In Bezug auf die Beteiligung der Öffentlichkeit an Verfahren zur Erstellung umweltbezogener Pläne, Programme und Politiken (Artikel 7) legt die Aarhus-Konvention fest, dass die Öffentlichkeit auf faire und transparente Weise an der Vorbereitung von umweltbezogenen Plänen und Programmen zu beteiligen ist und der Öffentlichkeit die hierfür erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen sind.“ (bmluk.gv.at)

8. Fehlende grundstücksscharfe Betroffenheitsinformation

Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist zusätzlich dadurch mangelhaft, dass die individuelle Grundstücksbetroffenheit nicht ausreichend erkennbar gemacht wurde.

Die Eignungszone Steineck–Kammern umfasst laut Umweltbericht eine Fläche von 290 ha, liegt in den Standortgemeinden Kammern im Liesingtal, Sankt Stefan ob Leoben und St. Michael in Obersteiermark sowie in den Katastralgemeinden Kaisersberg, Leims, Pfaffendorf und Brunn. Für diese Eignungszone wird ein Windenergiepotenzial von voraussichtlich 7 bis 15 Windenergieanlagen ausgewiesen.²⁰ Damit handelt es sich um eine großräumige planliche Festlegung mit erheblicher praktischer Relevanz für die betroffenen Grundstücke.

Nach einer Auswertung der betroffenen Grundstücke und Katastralgemeinden sind in der Eignungszone Steineck–Kammern rund 40 Grundeigentümer betroffen.²¹ Gerade bei einer derart großen Zahl betroffener Eigentümer hätte es einer klaren, grundstücksscharfen Betroffenheitsinformation bedurft. Eine bloße Darstellung über Planblätter und Kartenmaterial reicht nicht aus, wenn weder eine Grundstücksliste noch eine einfache Abfragemöglichkeit nach Katastralgemeinde und Grundstücksnummer bereitgestellt wird.

Die Rechtsfolge für betroffene Grundstücke ist erheblich. Nach dem Verordnungsentwurf ist in Vorrang- und Eignungszonen die Neuausweisung von Bauland sowie von Sondernutzungen im Freiland, die mit der Windenergienutzung unvereinbar sind, unzulässig.²² Nach § 33 StROG gehören alle nicht als Bauland oder Verkehrsflächen festgelegten Grundflächen zum Freiland; sofern dort keine baulichen Nutzungen außerhalb der Land- und/oder Forstwirtschaft nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zulässig sind, dienen diese Flächen der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung oder stellen Ödland dar.²³ Die Ausweisung als Eignungszone bewirkt damit eine erhebliche raumordnungsrechtliche Nutzungsbeschränkung der betroffenen Grundstücke, weil bestimmte künftige Bauland- und Sondernutzungswidmungen ausgeschlossen werden.

²⁰ Quelle: Umweltbericht zur SUP, Kap. 6.1.5 „Eignungszone Steineck - Kammern“, S. 148: Dort werden die Eignungszone Steineck–Kammern, die Flächengröße von 290 ha, der politische Bezirk Leoben, die Planungsregion Obersteiermark Ost, die Standortgemeinden Kammern im Liesingtal, Sankt Stefan ob Leoben und St. Michael in Obersteiermark, die Katastralgemeinden Kaisersberg, Leims, Pfaffendorf und Brunn sowie das Windenergiepotenzial von voraussichtlich 7 bis 15 Windenergieanlagen ausgewiesen.

²¹ Quelle: Eigene Auswertung der betroffenen Grundstücke und Katastralgemeinden in der Eignungszone Steineck–Kammern.

²² Quelle: Textgegenüberstellung, vorgeschlagene Fassung § 3a Abs. 5: „In den Vorrang- und Eignungszonen sowie in einer Pufferzone von 1.000 m Breite um die Grenzen der Vorrangzonen ist die Neuausweisung von Bauland sowie von Sondernutzungen im Freiland, die mit der Windenergienutzung unvereinbar sind, unzulässig.“

²³ Quelle: § 33 StROG 2010, Freiland: Alle nicht als Bauland oder Verkehrsflächen festgelegten Grundflächen gehören zum Freiland; sofern im Freiland keine baulichen Nutzungen außerhalb der Land- und/oder Forstwirtschaft nach Maßgabe der Abs. 3, 5 und 6 zulässig sind, dienen die Flächen der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung oder stellen Ödland dar.

Der entscheidende Punkt ist nicht, dass im Begutachtungsverfahren bereits ein konkreter wirtschaftlicher Nachteil oder Wertverlust nachgewiesen werden müsste. Entscheidend ist, dass betroffene Grundeigentümer überhaupt in die Lage versetzt werden müssen, mögliche rechtliche, wirtschaftliche oder faktische Nachteile ihrer Grundstücke rechtzeitig zu erkennen und dagegen begründet Einwendungen zu erheben. Dieses Einwendungsrecht ist in § 14 StROG ausdrücklich vorgesehen: Die Landesregierung hat bei der Auflage eines Entwicklungsprogramms unter anderem darauf hinzuweisen, dass jedermann innerhalb der Auflagedauer Einwendungen schriftlich und begründet beim Amt der Landesregierung bekannt geben kann.²⁴

Trotz dieser Rechtsfolge ist aus der Bekanntmachung nicht ersichtlich, dass betroffene Grundeigentümer aktiv verständigt wurden. Die Bekanntmachung verweist lediglich auf die Möglichkeit, bis 8. Juni 2026 schriftlich Stellung zu nehmen, sowie auf die Auflage und Online-Abrufbarkeit des Verordnungsentwurfs samt Anlagen, Erläuterungen, Textgegenüberstellung und Umweltbericht. Genannt werden insbesondere ein Übersichtsplan samt Zonen- und Gemeindeindex, Detailpläne im Maßstab 1:100.000 sowie Detailpläne für Vorrang- und Eignungszonen im Maßstab 1:10.000.²⁵ Eine grundstücksscharfe Liste, eine Aufstellung nach Katastralgemeinde und Grundstücksnummer, eine EZ-Liste oder eine einfache digitale Abfragemöglichkeit nach Grundstücksnummer werden in der Bekanntmachung nicht genannt.

Die fehlende Erkennbarkeit ist nicht bloß theoretisch. Aus Gesprächen und Rückmeldungen aus der betroffenen Bevölkerung ergibt sich, dass Grundeigentümer teilweise nicht wussten, dass ihre Grundstücke innerhalb der Eignungszone Steineck–Kammern liegen. Ebenso war vielfach nicht bekannt, welche raumordnungsrechtlichen Konsequenzen mit dieser Betroffenheit verbunden sind, insbesondere dass nach dem Verordnungsentwurf in Eignungszonen die Neuausweisung von Bauland sowie von mit der Windenergienutzung unvereinbaren Sondernutzungen im Freiland unzulässig sein soll.

Damit wurde die individuelle Betroffenheit weder aktiv kommuniziert noch durch eine einfache grundstücksscharfe Abfragemöglichkeit nachvollziehbar gemacht. Auch die konkrete rechtliche Konsequenz für Grundeigentümer ergibt sich nicht aus einer klaren Betroffeneninformation, sondern erst aus dem Zusammenspiel des Verordnungsentwurfs, der Textgegenüberstellung, der planlichen Anlagen und der Bestimmungen des StROG. Dies stellt eine wesentliche Minderinformation dar und erschwert die sachgerechte und rechtzeitige Ausübung des Einwendungsrechts erheblich.

²⁴ Quelle: § 14 Abs. 1 StROG 2010, Verfahren zur Erlassung oder Änderung eines Entwicklungsprogramms: Die Landesregierung hat den Entwurf aufzulegen und unter anderem auf die Dauer der Auflage von mindestens 8 Wochen, die Einsichtsmöglichkeit und darauf hinzuweisen, dass jedermann innerhalb der Auflagedauer Einwendungen schriftlich und begründet beim Amt der Landesregierung bekannt geben kann.

²⁵ Quelle: Bekanntmachung, GZ ABT13-2326/2026-8 vom 13.04.2026: Hinweis auf Stellungnahme bis 08.06.2026, schriftliche und begründete Einwendungen nach § 14 StROG sowie Aufzählung der aufgelegten bzw. online abrufbaren Unterlagen, insbesondere Verordnungstext samt Erläuterungen und Textgegenüberstellung, Anlage 1, Anlagen 2.01 bis 2.24, Anlagen 3.01 bis 3.30 sowie SUP samt Umweltbericht.

Bei einer örtlichen Flächenwidmungsplanänderung, die die Widmung einzelner Grundstücke als Bauland, Verkehrsfläche oder Freiland betrifft, sieht § 38 Abs 3 Z 2 StROG eine Verständigung der grundbücherlichen Eigentümer der betroffenen Grundstücke ausdrücklich vor. Im gegenständlichen Fall wird zwar kein örtlicher Flächenwidmungsplan erlassen. Der Verordnungsentwurf greift jedoch unmittelbar in die künftige Widmungsfähigkeit konkreter Grundstücke ein, weil in Eignungszonen die Neuausweisung von Bauland sowie von Sondernutzungen im Freiland, die mit der Windenergienutzung unvereinbar sind, unzulässig sein soll. Damit werden genau jene raumordnungsrechtlichen Nutzungskategorien berührt, die im örtlichen Flächenwidmungsplanverfahren grundstücksbezogen festgelegt werden. Dennoch erfolgte weder eine persönliche Verständigung der betroffenen Grundeigentümer noch wurde eine einfache grundstücksscharfe Abfragemöglichkeit bereitgestellt.

9. Eignungszone Steineck-Kammern mit wesentlichem Begründungs- und Informationsmangel belastet

Der Verordnungsentwurf und die Begleitunterlagen qualifizieren die Eignungszone Steineck-Kammern als geeigneten Standort für Windenergie, dokumentieren ein öffentliches Interesse an der Windenergienutzung und weisen ein erhebliches Windenergiepotenzial aus. Zugleich wird die Eignungszone als Instrument der langfristigen Standortsicherung dargestellt. Damit wird bereits auf Ebene der überörtlichen Raumordnung eine positive Eignungs- und Interessenfeststellung zugunsten der Windenergienutzung getroffen.

Gleichzeitig wird für Eignungszonen im gegenständlichen Umweltbericht keine vollständige Prüfung der Umweltauswirkungen durchgeführt. Die vertiefte Prüfung wird vielmehr auf ein späteres örtliches Raumordnungsverfahren verlagert. Dadurch entsteht eine rechtlich relevante Vorprägung des Standortes, ohne dass die konkreten Auswirkungen auf Umwelt, Raumordnung, Gemeindeinteressen, Bevölkerung und Grundeigentümer bereits abschließend geprüft und offengelegt werden.

Gegenüber den Gemeinden wird dennoch hervorgehoben, dass vor einer Projektumsetzung eine örtliche Flächenwidmung erforderlich sei und die Standortgemeinde eine aktive Rolle habe. Diese Darstellung bleibt unvollständig, weil sie die möglichen bundesrechtlichen Vorwirkungen nach § 4a Abs. 2 UVP-G und nach dem Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz nicht ausreichend berücksichtigt. Die Gemeinde tritt einem späteren Projektwerber daher nicht mehr in einer offenen Ausgangslage gegenüber, sondern vor dem Hintergrund einer bereits landesplanerisch festgestellten Eignung, eines dokumentierten öffentlichen Interesses und möglicher bundesrechtlicher Beschleunigungs- bzw. Durchbrechungsargumente. Das verschiebt die spätere Verhandlungs- und Entscheidungssituation zulasten der örtlichen Ebene.

Auch gegenüber der Öffentlichkeit wird die Tragweite der Eignungszone nicht ausreichend dargestellt. Die Unterlagen vermitteln, dass die maßgebliche Konkretisierung erst später im örtlichen Verfahren erfolge. Nicht hinreichend offengelegt wird jedoch, dass die Eignungszone bereits jetzt eine überörtliche Eignungs- und Interessenfeststellung enthält und spätere Verfahren rechtlich und faktisch vorprägen kann. Eine sachgerechte Öffentlichkeitsbeteiligung setzt voraus, dass diese Vorwirkungen klar, vollständig und verständlich dargestellt werden.

Für die betroffenen Grundeigentümer kommt hinzu, dass die Eignungszone bereits konkrete raumordnungsrechtliche Nutzungsbeschränkungen auslöst. Nach dem Verordnungsentwurf ist in Eignungszonen die Neuausweisung von Bauland sowie von Sondernutzungen im Freiland, die mit der Windenergienutzung unvereinbar sind, unzulässig. Damit werden künftige Nutzungs- und Widmungsmöglichkeiten betroffener Grundstücke eingeschränkt. Zugleich wurde weder grundstücksscharf offengelegt, welche Grundstücke betroffen sind, noch wurden die daraus folgenden Rechtsfolgen für Grundeigentümer klar und verständlich kommuniziert.

Der Informationsmangel betrifft daher drei Ebenen: die Stellung der Gemeinden, die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Rechtsposition der betroffenen Grundeigentümer. Die Unterlagen ermöglichen keine vollständige und objektive Beurteilung der tatsächlichen Rechtsfolgen der Eignungszone. Eine wirksame Beteiligung setzt jedoch voraus, dass gerade solche Rechtsfolgen offengelegt, nachvollziehbar bewertet und den Betroffenen mit zumutbarem Aufwand erkennbar gemacht werden.

Die Eignungszone Steineck–Kammern ist daher mit einem wesentlichen Begründungs- und Informationsmangel belastet. Dieser Mangel betrifft nicht nur die unvollständige Darstellung möglicher bundesrechtlicher Folgewirkungen, sondern auch die fehlende grundstücksscharfe Betroffenheitsinformation und die unzureichende Darstellung der konkreten Nutzungsbeschränkungen für betroffene Grundstücke.

10. Kein Beschluss der Eignungszone Steineck-Kammern

Aufgrund dieses wesentlichen Begründungs- und Informationsmangels ist die Eignungszone Steineck–Kammern aus dem Verordnungsentwurf herauszunehmen.

Hilfsweise ist das Begutachtungsverfahren zu ergänzen und neu aufzulegen. Dabei sind die möglichen Rechtswirkungen der Eignungszone nach § 4a Abs. 2 UVP-G sowie nach dem Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz ausdrücklich, vollständig und verständlich darzustellen. Ebenso ist offenzulegen, ob und in welchem Umfang die Ausweisung als Eignungszone die spätere Stellung der Standortgemeinden, der Grundstückseigentümer, der betroffenen Bevölkerung und der

Umweltorganisationen im UVP-, Raumordnungs- und Genehmigungsverfahren schwächt oder verändert.

Im Rahmen dieser neuerlichen Auflage ist zudem ausdrücklich klarzustellen, dass die bisherige Kommunikation und Auflageinformation die Öffentlichkeit, die Standortgemeinden und die betroffenen Grundeigentümer nicht ausreichend über die möglichen Rechtsfolgen der Eignungszone und die grundstücksbezogene Betroffenheit informiert hat. Diese Klarstellung ist erforderlich, damit Betroffene die Tragweite der neuerlichen Auflage erkennen und ihre Stellungnahme- und Einwendungsrechte sachgerecht wahrnehmen können.

Solange weder die bundesrechtlichen Vorwirkungen der Eignungszone transparent geklärt noch die betroffenen Grundeigentümer in die Lage versetzt wurden, einfach, grundstücksscharf und allgemein zugänglich zu prüfen, ob ihre Grundstücke betroffen sind und welche raumordnungsrechtlichen Konsequenzen daraus folgen, darf die Eignungszone Steineck-Kammern nicht beschlossen werden.

Mürzzuschlag, am 18.05.2026

Verein „Für ein lebenswertes Liesingtal“